

(A) (Präsidentin Friebe)

07 060, Ausstattung von Übergangsheimen für Asylbewerber. Ich weise darauf hin, daß die Fraktion DIE GRÜNEN den letzten Satz dieses Antrags gestrichen hat.

Über diesen Änderungsantrag lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der SPD. Gibt es Enthaltungen? - Die Fraktion der F.D.P.! Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe nun die Abstimmung zum **Einzelplan 07** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4707** auf. Wer für die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Einzelplan 07 damit in zweiter Lesung **angenommen** ist.

Meine Damen und Herren! Ich rufe nun die **Abstimmung des Einzelplans 03 - Innenministerium** - auf, die wir vorhin ausgesetzt haben. Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4703**. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? -

(B) Ich darf feststellen, die Beschlußempfehlung ist **angenommen**. Damit ist der Einzelplan 03 in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Ich rufe die **Nummer 4** unserer heutigen Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4714 und auf die Änderungsanträge, die Ihnen ebenfalls vorliegen.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Riscop für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Riscop (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 14 der Ministerin für Bauen und Wohnen für das Jahr 1993 steht zur Beratung an. Bereits 1991 und

(C)

1992 haben wir den Einzelplan 14 abgelehnt. Sehr geehrte Frau Brusis, es wird Sie nicht wundern: Wir werden auch in diesem Jahr den Plan ablehnen, weil die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Leitung ohne neue Ideen, ohne Wirksamkeit für die Wohnungssuchenden in unserem Lande, ohne Perspektiven für die Zukunft ist.

(Beifall bei der CDU)

Alle Vorschläge und Ideen der CDU-Landtagsfraktion wurden von Ihnen und der Sie tragenden Mehrheitsfraktion abgelehnt. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

1. Der CDU-Antrag "250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995" wurde abgelehnt.
2. Der CDU-Antrag "Wohnungen für alle - Neue Wege in der Wohnungsbauförderung" wurde abgelehnt.
3. Der CDU-Antrag "Wohnungen für alle - Bauland beschaffen" wurde abgelehnt.
4. Der CDU-Antrag "Wohnungen für alle - Einberufung einer Expertenkommission" wurde abgelehnt.

(D)

Wenn ich diesen letzten Punkt noch einmal bewerte, stelle ich fest, daß die SPD die Berufung von Experten ablehnt. Also schließe ich daraus: Die SPD fürchtet den Sachverstand.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen haben wir insgesamt zehn Anträge zur Reduzierung des Einzelplanes 14 mit einem Wert von insgesamt 25,7 Millionen DM gestellt. Alle Anträge wurden von der Mehrheitsfraktion der SPD abgelehnt - eine Zeremonie wie in all den Jahren zuvor. Gutgemeinte und wohlbegründete Anträge fielen der Abstimmungsmaschine der SPD zum Opfer.

Wir stellen diese Anträge hier nicht noch einmal, um nicht unnötig Zeit zu vergeuden. Wir möchten allerdings einige Anträge hier im Plenum noch einmal erläutern.

(A) (Riscop [CDU])

Erstens unseren Antrag zur Auflösung des Ministeriums für Bauen und Wohnen: Wir haben den Antrag gestellt, dieses wohl überflüssigste Ministerium hier in Nordrhein-Westfalen aufzulösen, die Planstellen der Ministerin und des Staatssekretärs zu streichen und etwa 70 Stellen innerhalb der Landesregierung umzuschichten sowie eine entsprechende Reduzierung der Sachmittel vorzunehmen. Dies ergibt eine Einsparung von 13 Millionen DM.

Das Ministerium mit seinen rund 260 Stellen ist überflüssig. Die Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten, das Ministerium für Wohnungsbau auszugliedern, also Städtebau und Wohnungsbau voneinander zu trennen, ist falsch. Alle Sachkundigen bestätigen bis zum heutigen Tage - und die ständigen Koordinationsschwierigkeiten, etwa in der Baulandfrage, belegen das auch -, daß hier sachlich Zusammengehörendes auseinandergeführt worden ist. Eine Fehlentscheidung erster Güte!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen beweisen, daß durch das eigenständige Ministerium für Bauen und Wohnen eine Stärkung der Wohnungsbaupolitik nicht eingetreten ist.

(B) (Widerspruch bei der SPD)

Die Bedeutung des Ministeriums ist weiter durch die Eingliederung der Wohnungsbauförderungsanstalt in die Westdeutsche Landesbank gesunken.

Lassen Sie mich die Entwicklung schildern!

So war in der Wahlperiode von 1975 bis 1980 der Wohnungsbau eine Abteilung im Innenministerium, und das ist der Wohnungsbauförderung offenbar nicht schlecht bekommen.

So wurden in den Jahren 1975 bis 1980 im Durchschnitt 100 000 Wohnungen im Jahr, 1990 dagegen 52 000 Wohnungen fertiggestellt.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau wurden in den Jahren 1975 bis 1980 im Durchschnitt fast 50 000 Wohnungen jährlich errichtet; ab 1990 waren es 25 000 bis 30 000.

(C)

Sie sehen also, daß die Gründung des Ministeriums eine Halbierung sowohl der Fertigstellung wie auch der Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen gebracht hat.

Wir sollten das Ministerium schnellstens wieder auflösen und zur Vermeidung von ständigen Koordinierungen wieder mit dem Ministerium für Städtebau und Verkehr vereinen. Bei der derzeitigen und auf Jahre hinaus sich nicht verbessernden Haushaltslage würden wir noch einmal 13 Millionen DM jährlich einsparen.

(Widerspruch bei der SPD)

Weiter! Neben der Kürzung von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit haben wir eine ersatzlose Streichung der Mittel für die Sanierung des Zechegebäudes der Zeche Rhein-Elbe für die Unterbringung einer Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen - Gesamtaufwand von 10 Millionen DM - beantragt. Auch da sind wir der Auffassung, daß entsprechend der Haushaltslage des Landes und im Vergleich zu anderen Ministerien ein eigenes Fortbildungszentrum nicht zu rechtfertigen ist. Im übrigen sind Fortbildungsangebote und -einrichtungen in Nordrhein-Westfalen ausreichend vorhanden.

(D)

Ein besonderes Hindernis ist die Bereitstellung von Bauland und sind die planungsrechtlichen und die bauordnungsrechtlichen Vorkehrungen. Sie konnten in der "Welt am Sonntag" den Leidensweg eines Wuppertaler Unternehmers lesen. Ich zitiere noch einmal mit Genehmigung der Frau Präsidentin die Zusammenfassung: Es war einmal eine Firma, die ihren Betrieb erweitern wollte und die über vier Jahre einen Spießbrutenlauf durch die Verwaltung auf sich nahm, durch Kompetenzbereiche von vier Dezernaten, sieben Ämtern, eines städtischen Unternehmens, durch Kommissionen und Ausschüsse. - Es gibt auch im Wohnungsbau ähnliche Beispiele, wo Investoren weniger Gleichmut aufbrachten und kurz entschlossen auf diese Investition verzichteten.

(Widerspruch bei der SPD)

Zusammenfassend darf ich folgendes feststellen:

Erstens: Die Bilanz der SPD in der Wohnungsbaupolitik belegt, daß großen Ankündigungen, nämlich die

(A) (Riscop [CDU])

Wohnungspolitik zu einem Schwerpunkt von Regierungshandeln zu machen, entsprechende Taten nicht gefolgt sind.

Zweitens: Die Wohnungsbauprogramme der SPD-Landesregierung sind nicht dazu geeignet, das Mengenproblem von 100 000 Wohnungen jährlich in Nordrhein-Westfalen zu lösen.

Drittens: Die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen ist ein Dokument der Hilflosigkeit, der Phantasielosigkeit, ein Dokument des Verzögerns und des Verschleppens. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wolf das Wort.

Abgeordneter Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war eine feurig vorgetragene Rede des Herrn Kollegen Riscop.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Aber, lieber Kollege Riscop, in sieben Minuten kann man Wohnungspolitik in unserem Lande nicht abhandeln. Deshalb wird der Kollege Jaeger wohl noch einmal nachladen.

Lassen Sie mich dennoch einmal versuchen, im Zusammenhang darzustellen, wie sozialdemokratische Wohnungspolitik sich von der der CDU-Fraktion unterscheidet, obgleich wir in vielen Bereichen ja doch durchaus auch Gemeinsamkeiten haben.

Ihre Anträge haben wir abgelehnt,

(Zuruf von der CDU: Wie immer!)

- nein, nicht wie immer, sondern weil der Haushalt, wie er uns vorgelegt worden ist, Berechenbarkeit und Beständigkeit sozialdemokratischer Wohnungspolitik darstellt, auch bei knappen Kassen problembezogen und zielgenau die Mittel einsetzt. Dadurch unterschei-

(C)

den wir uns von dem, was Sie hier wollten, und von dem, was auf Bundesebene geschieht.

Die positive Tendenz der Wohnungspolitik in unserem Lande wird auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Wir haben 1989 mit der öffentlichen Förderung von 25 000 Wohnungen begonnen. Wir haben das jährlich gesteigert: 1990 waren es 27 000, 1991 waren es 30 000; in diesem Jahr werden wir aller Voraussicht nach rund 35 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln fördern. Der Haushalt schafft die Voraussetzungen dafür, daß dieses hohe Niveau in etwa auch im nächsten Jahr beibehalten werden kann.

Es werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir - dies sagte ich Ihnen, Herr Kollege Kuhl, weil die WFA-Möglichkeiten ja auch einbezogen werden müssen - insgesamt für den sozialen Wohnungsbau, für die investive Förderung, mehr Geld zur Verfügung stellen werden als der Bund für alle 16 Länder der Bundesrepublik zusammengenommen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

Wenn die CDU dennoch meint, dies sei nicht genug, kann ich dem nur entgegenhalten: Wem an der Spitze zu liegen nicht ausreicht, dem ist einfach nicht zu helfen. Deshalb sind wir den Anträgen, die von den Oppositionsfraktionen gestellt worden sind, nicht gefolgt.

(D)

Lassen Sie uns einmal beim Vergleich zwischen dem, was Sie - dort, wo Sie das Sagen haben - in Bonn tun, und Nordrhein-Westfalen die Differenzen betrachten!

Der Haushalt des Ministeriums für Bauen und Wohnen ist gegenüber dem letzten Jahr um 90 Millionen DM erweitert worden. Der entsprechende Haushalt der Bundesministerin für Raumordnung, Städtebau und Wohnen sollte nach den Regierungsplanungen real um 30 Millionen DM gekürzt werden. Nach der Beratung im Bundestag ist der verabschiedete Haushaltsansatz dann nur noch um 3 Millionen DM geringer ausgefallen. Aber, bei steigenden Kosten 3 Millionen DM weniger - das war ein rein kosmetischer Beschluß.

(A) (Wolf [SPD])

Die Wohnungsbauförderung insgesamt ist um 200 Millionen DM, nämlich von 2,38 Milliarden DM auf 2,18 Milliarden DM gesunken. Dies, meine Damen und Herren, angesichts unbestritten wachsender Wohnungsnot; dies angesichts einer ins Haus stehenden Rezession der Wirtschaft, von der auch die Bauindustrie nicht unbetroffen bleiben wird! Das ist weder wirtschaftspolitisch noch wohnungspolitisch vernünftig.

Und gesellschaftspolitisch! - Wir haben ja gerade aus der Rede des Ministers Müntefering gehört, was sich da tut: die wachsende Frustration in der Gesellschaft. Wenn wir zulassen, daß an einem Grundelement menschlichen Lebens Abstriche gemacht werden, dann ist das ein Beweis dafür, daß die gesellschaftspolitische Situation von dieser Regierung nicht richtig eingeschätzt wird.

Auch langfristig erwarten wir nicht, daß Sie dort vernünftig reagieren, daß Sie die Probleme erkennen und auch lösen; denn die mittelfristige Finanzplanung sieht vor, daß die Mittel für das Bauen und Wohnen von 3,7 Milliarden DM in diesem Jahr auf 2,8 Milliarden DM im Jahre 1995 zurückgefahren werden. Steigende Wohnungsnot; aber Sie fahren in Bonn zurück!

(B)

Beim Land sieht es so aus: Es waren in diesem Jahr 3,1 Milliarden DM. Sie werden im Jahre 1995 auf 3,5 Milliarden DM hochgefahren. Das ist die konsequente Antwort, das ist konsequentes Handeln, aus einer Analyse die richtigen Schlüsse zu ziehen und problembezogen die Antworten zu finden.

Wir werden, wie gesagt, im nächsten Jahr im gleichen Umfang Sozialwohnungen fördern wie in diesem Jahr. Die Fördermodalitäten haben sich im Grundsatz bewährt. Das können wir heute feststellen. Wir haben in der letzten Woche gemeinsam in der WFA gesessen und uns berichten lassen, wie die Situation aussieht. Danach wird es bei den Mitteln im ersten Förderweg, das heißt, sozialer Wohnungsbau klassischer Art - die Mittel gehen aufs ganze Land gesehen weg wie geschnitten Brot - eine Übererfüllung geben, die bei 108 bis 109 % der Programmzahlen liegen wird.

(C)

Im zweiten Förderweg, also der Förderweg, der sich an die klassischen Arbeitnehmerhaushalte wendet, die bis zu 60 % über den Einkommensgrenzen liegen, werden deutlich über 4 000 Wohnungen bewilligt werden. Das ist mehr als viermal soviel wie in 1991, wo wir mit 1 000 Wohnungen einen ersten Versuch gemacht haben.

Darüber müssen wir sprechen, denn wir haben festgestellt, daß die Akzeptanz im Lande für diesen Förderweg sehr unterschiedlich ist, daß die Städte Bonn, Aachen, Köln und Neuss - woher ja auch herausragende Wohnungspolitiker kommen - diese Mittel komplett zurückgegeben haben. Aber im Umland sind sie gerne genommen worden. Das zeigt ja, daß es da noch Nachbesserungsbedarf gibt. Dennoch werden wir eine Ausschöpfung von 86 % auch in diesem Förderweg erreichen. Die Mittel, die nicht verausgabt werden, werden auf das nächste Jahr übertragen, so daß die Gelder für den Wohnungsbau nicht verlorengehen.

Auch bei der Eigenheimförderung wird der bewährte Weg fortgesetzt; nach der Aufstockung in den letzten beiden Jahren - zusätzlich zum Normalprogramm - um 5 000 Wohneinheiten haben wir eine gewisse Sättigung erreicht. In Modell A gehen wir davon aus, daß 87 % der Mittel abfließen werden, in den Modellen B und C deutlich über 90 %. Das heißt, wer im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen ein Eigenheim bauen will und die Fördervoraussetzungen erfüllt, kann davon ausgehen, daß ihm sehr zügig ein Bewilligungsbescheid erteilt werden wird und daß er schnell anfangen kann zu bauen und schnell einziehen kann und damit Wohnungen für Menschen frei macht, die dringend eine größere, eine bessere Wohnung brauchen.

(D)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Erfahrungen dieses Jahres nüchtern und sauber auswerten müssen. Wir werden - davon gehe ich aus - einige Parameter in der Förderung - ob es bei der Darlehenshöhe, die man regional unterschiedlich darstellen kann, oder ob es möglicherweise bei den Bewilligungsmieten sein wird, darüber müssen wir diskutieren - ändern müssen, um die regionalen und sektoralen Unterschiede aufzufangen und um unsere Wohnungspolitik noch besser auf die Gegebenheiten und Erfordernisse in unserem Lande einzustellen.

(A) (Wolf [SPD])

Aber wenn Sie sagen, dann brauchen wir den dritten Förderweg, kann ich Ihnen nur antworten: Wenn schon der zweite Förderweg Probleme hat, wo wir 50 000 DM Darlehen geben, dann müssen Sie belegen, daß es Investoren gibt, die für weniger als 50 000 DM Darlehen Wohnungen erstellen und für am Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen auch eine bestimmte Zeit zur Verfügung stellen.

Wenn Sie - Herr Kollege Jaeger, Sie wollen gleich sicher etwas dazu sagen - nur auf andere Länder verweisen, dann täuschen Sie uns und die Öffentlichkeit, denn die Rentierlichkeit in anderen Ländern entsteht erst dadurch, daß die Kommunen das Geld, welches das Land nicht gibt, dazuschießen. Dafür fordern die Kommunen natürlich eine längere Bindung dieser Wohnung. Das heißt also, der dritte Förderweg in den anderen Ländern, so wie wir ihn erfahren haben, ist tatsächlich ein verkappter, versteckter erster Förderweg.

Angesichts der Finanzsituation unserer Gemeinden, die heute schon Schwierigkeiten haben, ihre Haushalte auszugleichen - einen solch ungedeckten Scheck werden die nicht einlösen; sie werden nicht pro Wohnung noch einmal 50 000 DM dazugeben -, sage ich Ihnen: Legen Sie uns - ich biete Ihnen das an - ein solides Modell für die vereinbarte Förderung vor. Wir lassen mit uns im Rahmen der Debatten darüber reden, aber es muß solide sein. Uns helfen keine Programme, die auf dem Papier zu Zahlen aufgeblasen werden, die in der Wirklichkeit nicht stattfinden, weil keine Häuser gebaut werden. In Baugenehmigungen und Programmzahlen können keine Menschen leben, sie können nur in gebauten Wohnungen leben.

(Zustimmung bei der SPD)

Das geht nur, wenn wir es wieder fertigbringen, und zwar gemeinsam als Länder und als Bund, daß die alte Faustformel, auf eine öffentliche Wohnung kommen zwei freifinanzierte Wohnungen, wieder gilt. Wir brauchen Investoren, die im freifinanzierten Wohnungsbau investieren,

(Zustimmung bei der SPD)

denn nur von dort kann der zahlenmäßig erhebliche Beitrag, der erforderlich ist, um 100 000 Wohnungen

in Nordrhein-Westfalen jährlich zu erstellen, kommen.

Es lohnt sich, im freifinanzierten Wohnungsbau zu investieren. Wir müßten unserer Ministerin, Frau Brusis, dankbar sein, daß sie es angepackt hat, daß sie eine Expertenkommission zusammengestellt hat, die das einmal wirklich analysiert hat, wie das aussieht. Diese Kommission hat festgestellt: Auch im freifinanzierten Wohnungsbau lohnt es sich zu investieren. Nachhaltig sind mittelfristig Renditen von 10 % zu erreichen.

Die Firma Bast-Bau - Herr Bast ist der Präsident der freien Wohnungsunternehmer - wirbt in Anzeigen damit, daß nachhaltig Renditen von über 10 % zu erreichen sind. Unsere Aufgabe ist es, in diesem Kontext gemeinsam - Länder und Bund - die Rahmenbedingungen zu verändern, daß endlich der Startschuß für mehr freifinanzierten Wohnungsbau erfolgt.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Auch im Bereich des staatlichen Hochbaus sind einige Veränderungen vorgenommen worden. Wir haben auf die veränderte Situation reagiert. Der Haushalt ist in diesem Bereich um 22 %, real um 110 Millionen DM, ausgeweitet worden, weil wir gemerkt haben, daß wir in der Bauunterhaltung Defizite haben, die dringend beseitigt werden müssen. Mit diesen Mitteln sollen öffentliche Gebäude, insbesondere Hochschulen und Kliniken, saniert werden, daß dort die Menschen wieder entweder lehren und studieren oder aber als Kranke behandelt werden können, und zwar unter Bedingungen, die wirklich auch vertretbar sind. Dafür beschränken wir uns beim Neubau auf das Notwendigste.

Auch im Bereich der staatlichen Bauverwaltung - das ist ein Komplex, der wirklich kompliziert ist und wo man alle Kraft verwenden muß, um den neu zu organisieren; er ist aus zwei Ministerien zusammengeführt worden; da braucht man die ganze Kraft eines Ministeriums, um diese große Aufgabe zu bewältigen - haben wir die ersten Schritte getan, um eine einheitliche Staatshochbauverwaltung zu bekommen. Wir haben auf der örtlichen Ebene die Neuorganisation gemeinsam geschaffen: die Reduzierung auf 31 Äm-

(C)

(D)

(A) (Wolf [SPD])

ter. Dies wird auch von den Personalvertretungen - das ist ein Erfolg - positiv mitgetragen.

Dies wäre nicht gelungen, wenn nicht ein Ministerium, eine Ministerin, sich wirklich kompetent und mit dem Zeitaufwand, der dafür nötig ist, gekümmert hätte.

Auch die Aufgabe des nächsten Jahres, nämlich die Mittelebene neu zu organisieren, wird die ganze Kraft eines Ministeriums erfordern; denn dabei muß wirklich eine Menge bewegt werden. Wenn die Gutachten vorliegen, werden wir darüber beraten. Nach unserer Auffassung wird dann am Ende - dessen bin ich ganz sicher - eine staatliche Bauverwaltung stehen, die mit weniger Personal effektiv und ohne Qualitätsverlust die Bauaufgaben erledigt.

(B) Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zum Thema "Bauministerium" sagen. Sie fordern seit Jahren ständig die Auflösung dieses Ministeriums. Sie wissen, daß wir diese Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten tragen, weil die Arbeit des Ministeriums belegt, daß diese Entscheidung richtig war. Sie selbst haben die Ministerin für ihre Leistungen im Zusammenhang mit dem Baukammerngesetz gelobt, ein Thema, das den Landtag seit 18 Jahren beschäftigt hat und das Frau Brusis endlich zu einem Abschluß gebracht hat, den alle Fraktionen tragen können. Das braucht Kraft und den ganzen Einsatz einer Persönlichkeit, eines Ministeriums.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Für ein Gesetz? - Abgeordneter Jaeger [CDU]: Dafür braucht man ein ganzes Ministerium?)

- Nicht für ein Gesetz! Das war nur ein Beleg dafür, Herr Kollege Hardt, daß diese Organisationsentscheidung in einigen Bereichen dazu geführt hat, daß Dauer-Probleme Lösungen zugeführt werden, hinter denen alle Fraktionen stehen.

Bei der Baulandfrage, die Sie, Herr Kollege Riscop, angesprochen haben, hat es keine Koordinierungsprobleme zwischen den Häusern gegeben. In Nordrhein-Westfalen als erstem Land hat eine Kommission ein Papier vorgelegt, das für diese Frage endlich Handlungsschritte vorformuliert, die der Bund nun langsam nachvollzieht. Vor diesem Hintergrund zu

(C)

behaupten, das Bauministerium habe gesperrt oder es sei zu Koordinationsmängeln gekommen, ist wirklich an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der SPD)

Eine solche Debatte sollten wir uns ersparen, auch weil sie eine Negativwirkung hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses werden durch eine solche überflüssige Debatte demotiviert. Und es ist das Wenigste, was wir uns in diesen Zeiten leisten können, daß Mitarbeiter des Landes demotiviert sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kuhl für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

(D) Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn sagen, daß die Haushaltsberatungen im zuständigen Fachausschuß sicherlich nicht zuletzt auch dank des Vorsitzenden, des Kollegen Schultz, sehr wohltuend waren. Wir haben im Gegensatz zu vielen anderen Ausschüssen dieses Hauses - das ist bedauerlich - über die vorgelegten Anträge wirklich diskutieren können.

Ich will nicht auf alle Vorschläge eingehen, die wir während der Haushaltsberatungen gemacht haben, möchte aber in der gebotenen Kürze die Ausschußberatungen Revue passieren lassen. Ich habe noch eine Äußerung des Kollegen Schumacher in einer Ausschußsitzung im Ohr, der sinngemäß gesagt hat, die Vorschläge der F.D.P. seien in der Tat nachdenkenswert und überlegenswert. Er könnte einer Reihe dieser Vorschläge zustimmen, wenn der Finanzminister dieses Landes nicht eine globale Minderausgabe von 1 Milliarde DM verordnet hätte. Herr Kollege Schumacher, ich habe diese globale Minderausgabe von 1 Milliarde DM im Haushaltsplan gesucht - sie muß ja irgendwo nachlesbar sein - und nicht gefunden. Auch andere, die sich im Haushaltsrecht vielleicht besser auskennen als ich, haben diesen Posten nicht gefunden. Insofern habe ich nicht ganz verstanden,

(A) (Kuhl [F.D.P.])

weshalb die SPD unseren Vorschlägen unter dem Strich nicht doch zugestimmt hat.

Angesichts der knappen Kassen - die Situation in diesem Lande ist wahrlich nicht zum Totlachen - haben wir beim Wohnungsbau keine Mehrausgaben gefordert, sondern ausschließlich Ausgabenminderungen beantragt, nämlich bei den Verwaltungsausgaben um 10 %, bei den Verfügungsmitteln um 25 %, beim Erwerb von Ausrüstungsgegenständen und anderen beweglichen Sachen um 25 %. Wir haben bewußt nicht gesagt, an welcher Stelle diese Kürzungen exakt erfolgen sollen; denn das Ministerium weiß besser, wo es auf Gelder verzichten kann.

Wir wollten weiterhin Einsparungen bei den Untersuchungen über das Siedlungswesen, bei der Pflege auswärtiger Beziehungen - Nordrhein-Westfalen betreibt ja keine Außenpolitik -, bei den Geldern, die für eine neue Fortbildungseinrichtung des Ministeriums veranschlagt worden sind - ein ganz wichtiger Bereich -, vornehmen. Es ist zwar wichtig auszubilden - das ist gar keine Frage, gleichgültig um welches Ministerium es sich handelt -, aber ob es wirklich eine Fortbildungsakademie für ein Ministerium geben muß, wage ich zu bezweifeln. Da gibt es andere Möglichkeiten.

(B)

(Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Verehrte Frau Kollegin, Sie können zum Beispiel in Hotels oder Gaststätten Tagungsräume anmieten; das alles gibt es in Nordrhein-Westfalen in großem Umfang. Dort können Sie mit gleichem Effekt billiger ausbilden. Sie können Ausbildungseinrichtungen anderer öffentlicher Institutionen mit in Anspruch nehmen. Sie können die Ausbildung der gesamten Landesregierung in vielen Bereichen zusammenfassen. Sie können auf Ausbildungsstätten der Wohnungswirtschaft zurückgreifen. Ich kann dazu jede Menge Vorschläge machen.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die dem Ausschuß vorgelegt worden ist, war wirklich ein Witz. Darin wurden lediglich die Kosten pro Person und Tag im Hotel oder in einer eigenen Einrichtung zusammengerechnet. Das ergab einen Unterschied von 90 000 DM. Folgekosten und anderes wurden über-

(C)

haupt nicht berücksichtigt. Das hat mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung überhaupt nichts zu tun.

Wir haben ähnlich wie die CDU gesagt, daß wir der Auffassung sind, daß die Zusammenstellung der Ministerien, wie wir sie derzeit vorfinden, völlig falsch ist. Denn: Wo wird heute Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen gemacht? - In vier Ministerien: einmal im Ministerium für Bauen und Wohnen, dann im Städtebauministerium, im Umweltministerium und - last but not least - im Wissenschaftsministerium.

Kollege Müntefering, auf einer Podiumsdiskussion, die wir einmal irgendwo gehabt haben, habe ich Ihnen von einem Programm aus dem Wissenschaftsministerium für den Bau von Studentenwohnungen, und zwar mit einer Wohnung, erzählt. Das war - glaube ich - 1988. Das sind die Auswüchse, die dabei herauskommen und die ich in der Tat nicht für begrüßenswert halte. Vielleicht könnte man dieses Ministerium MBW insofern auch "Ministerium für Baulandmangel und Wohnungsbauverhinderung" nennen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Ich sage Ihnen gleich noch, warum.

Die Kommissionen, die der Kollege Wolf gerade auch in Richtung Bauland angesprochen hat, hat es natürlich gegeben. Ich habe ganz bewußt nachgefragt, ob das, was an neuem Bauland ausgewiesen werden soll beziehungsweise erkundet worden ist, rechtskräftig ist, so daß dort gebaut werden kann. Die Antwort lautete natürlich nein; denn es liegen noch keine rechtsgültigen Bebauungspläne in diesen Bereichen vor.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Gemeindebereich!)

Also gibt es auch dort lediglich nur Absichtserklärungen.

Während der Haushaltsberatungen haben wir gefragt, warum ein Land eigene Wohnungen unterhalten muß. Warum müssen das die Landesregierung und das

(A) (Kuhl [F.D.P.]

Land Nordrhein-Westfalen tun? Etwa 1 000 Wohnungen im Landesbesitz könnten veräußert werden. Aus den Erlösen könnte man neue Wohnungen fördern.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Erst wollen Sie verkaufen und dann neu bauen?!)

- Ich weiß nicht, was Sie wollen. Ich habe gerade gar nicht davon gesprochen, daß wir irgend jemandem aus irgendeiner Wohnung rausdrängen wollen. Das Land muß keine Wohnungen vorhalten für Mieter, sondern kann diese Wohnungen veräußern. Und mit dem Veräußerungsgewinn kann man neue Wohnungen bauen. Denn das Land ist keine Wohnungsbaugesellschaft.

Frau Kollegin, auch wenn Sie allem Anschein nach eine andere Auffassung haben, bin ich ganz froh, daß es eine ganze Reihe von Kollegen im Ausschuß gibt, die dieses im Grunde genommen ebenfalls sehr kritisch gesehen haben. Ich denke, im nächsten Jahr werden wir darauf zurückkommen. Dann wird wohl sogar die Landesregierung einen Vorschlag unterbreiten, welche dieser Wohnungen man unter welchen Voraussetzungen verkaufen kann.

(B) Sie reden von unsozial. Diesen Schuh, den Sie mir herüberwerfen, ziehe ich mir nicht an. Wir haben ja überhaupt nicht gesagt, welche Wohnungen man tatsächlich verkaufen muß. Daß man eine Hausmeisterwohnung nicht verkauft, ist mir auch klar. Aber andere könnten wir verkaufen. Ich habe auch nicht gesagt, zu welchen Bedingungen dies geschehen soll. Darüber werden wir uns allerdings - das darf ich Ihnen heute schon garantieren - im nächsten Jahr dringend unterhalten müssen.

Bauen rentiert sich. - Das ist die These, die die Landesregierung, die Frau Brusi derzeit aufstellt, nachdem sie eine Expertenkommission - die hat gerade auch der Kollege Wolf noch einmal mit Vehemenz verteidigt - ins Leben gerufen hat. In der Tat hat diese Kommission Ergebnisse vorgelegt. Nur: Wer sich gestern abend die Sendung "Westpol" in WDR 3 angeguckt hat - -

(Zuruf: Was ist das für eine Sendung? - Ministerin Brusi: Sie hätten Plus 3 sehen sollen!)

(C)

- Ich habe gar nichts gesehen, sondern es mir nur erzählen lassen. Dort hat der Geschäftsführer von Thyssen Wohnen gesagt, daß es mit der Rentabilität im Wohnungsbau eine Sache für sich sei. Denn es rentiert sich, wenn man heute baut, erst in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren. Es rentiert sich lediglich dann, wenn bestimmte Arbeitnehmer an ein Unternehmen gebunden werden sollen. In einem übertragenen Sinne könnte sich das rentieren, nicht aber im rechnerischen Sinne.

Insofern ist deshalb das, was dort erarbeitet worden ist, nicht ganz richtig. Ich darf an dieser Stelle an Gespräche mit denen erinnern, die wir eigentlich wieder bewegen sollten zu bauen: die großen Versicherer und Banken, die früher die potentiellen Anleger im Wohnungsbau waren. Dort sagt man uns sehr eindeutig: Eine Rendite ist damit nicht zu erzielen.

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Warum denn nicht?)

Wenn ich meinen Kunden 7 oder 8 % für deren Geldanlagen geben muß, kann ich - das gilt etwa für die Provinzial - nicht etwas bauen, wo gerade schlappe eineinhalb bis zwei Prozent Rendite erzielt werden können.

(D)

Immer wieder höre ich den Ruf nach Bonn. Der ist auch bei meinem Vorredner wieder angeklungen. Die Ministerin macht das fast täglich. Das ist die Übung: Bonn ist schuld; Bonn muß mehr geben; Bonn zieht sich aus allem zurück, und so weiter und so fort!

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das ist ja nicht unwahr!)

- Herr Kollege Wolf, ich möchte Sie einmal an das erinnern, was der Kollege Kuschke heute morgen an dieser Stelle gesagt hat. Er hat sinngemäß ausgeführt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sozial gleich gut abgesichert sein sollen und müssen. Stimmen Sie dem zu?

(Zustimmung des Abgeordneten Wolf [SPD])

- So! Darauf sage ich Ihnen: Wenn es 16 Millionen Menschen in dieser Republik schlecht geht - und es geht den Menschen in den neuen Bundesländern

(A) (Kuhl [F.D.P.]

schlechter als uns; das ist keine Frage, darin sind wir uns einig -, geht es uns allen schlecht. Dann müssen wir dafür sorgen, daß das, was der Kollege Kuschke heute morgen ausgeführt hat, tatsächlich Bestand haben kann. Das bedeutet im Bereich der Wohnungsbau- und Städtebauförderung, daß man zum jetzigen Zeitpunkt aus Bonner Sicht in die neuen Länder mehr Geld investieren muß als in die alten Bundesländer. Ich halte das für eine ganz vernünftige Marge.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Wenn Sie es denn täten!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuhl, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wolf zulassen?

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Ja, natürlich.)

Bitte schön, Herr Kollege Wolf.

Abgeordneter Wolf (SPD): Herr Kollege Kuhl, stimmen Sie denn auch folgendem zu: Wenn zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik eine Wohnung suchen, sind wir alle aufgefordert, diesen Menschen diese Wohnung zur Verfügung zu stellen.

(B)

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Kollege Wolf, dem stimme ich zu. Natürlich! Das ist überhaupt keine Frage. Die Frage lautet: Wie können wir das erreichen?

Damit bin ich wieder in Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es ganz bestimmte Förderwege. Jetzt sage ich Ihnen, was ich gestern mit einem freien Düsseldorfer Wohnungsbauunternehmen gerechnet habe. Wir haben Ihnen ja einen Antrag dazu vorgelegt, auch im sozialen Wohnungsbau die Mieten ansteigen zu lassen. Insofern rede ich hier nicht aus dem hohlen Bauch. Vielleicht können Sie sich endlich dazu durchringen.

Bei 13 DM und einer Förderung von 65 000 DM - so haben die gerechnet - rentiert sich das. Damit würde man - so wie der zweite Förderweg angelegt ist - bauen.

(C)

Ich will mich überhaupt nicht über ersten, zweiten, dritten Förderweg oder was immer streiten. Inzwischen kennen wir ja einen vierten und einen fünften Förderweg. Was ich erreichen will - und das haben wir Ihnen in Anträgen immer wieder vorgelegt -, ist, daß wir mit dem Geld, das wir zur Verfügung haben und mit dem wir haushalten müssen, mehr Wohnungen als bisher schaffen können. Diese Möglichkeiten gibt es. Da hilft es mir nicht, Kollege Wolf, wenn Sie immer wieder sagen: "Wir machen das Angebot an die Oppositionsfraktionen, legt uns das vor, dann machen wir es mit". Denn wenn wir etwas vorlegen - ob CDU oder F.D.P. -, dann lehnen Sie es eh ab. Dieses Spiel kennen wir inzwischen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

Allein in Nordrhein-Westfalen fehlen uns in der Tat 400 000 Wohnungen. Deshalb sage ich nochmals: Wohnungsbau muß wieder politisch und wirtschaftlich kalkulierbar werden. Da hilft es nichts, wenn Sie - und das Ministerium ist ja im Moment dabei oder hat es fertig - neue Gesetzentwürfe über alles mögliche in Richtung Bonn machen. Das machen Sie ja, Frau Brusis; das können Sie nicht abstreiten. Das hilft überhaupt nicht; denn damit werden Sie nach wie vor die potentiellen Anleger und Vermieter weiter verunsichern, und die Leute werden wieder sagen: Ich investiere mein gutes Geld nicht in Wohnungen für andere, weil ich nicht weiß, ob ich das jemals wieder herausbekomme. Es sollte in diesem Hause eigentlich unbestritten sein, daß jemand, der Geld anlegt, dafür auch eine Rendite erwartet.

(D)

Jetzt noch etwas zu den mehrjährigen Wohnungsbauprogrammen, die auch von meinen Vorrednern angesprochen worden sind! Die erste Auflage hatten wir 1980. Unter dem Strich kann man nur feststellen: Nicht erfüllt. Die zweite Auflage hatten wir 1985. Auch da muß man feststellen: Nicht erfüllt. Jedes Mal hatte der Ministerpräsident sie in seinen Regierungserklärungen angekündigt.

Das dritte Programm hatten wir 1990, und da stelle ich in der Tat fest - und das konzedere ich der Landesregierung -: Da ist es erfüllt worden. Es ist in den Jahren 1991 und 1992 sogar übererfüllt worden. Es war mehr als in der Ankündigung. Aber den Bruch sehe ich bereits. Er wird schon 1993 eintreten. Denn

(A) (Kuhl [F.D.P.]

wir werden dann wieder weniger Wohnungen fördern und im sozialen Wohnungsbau weniger Wohnungen erstellen als 1992. Damit liegen Sie zwar immer noch über dem, was durch den Ministerpräsidenten angekündigt worden ist. Aber hier ist im Grunde genommen die Bergkuppe erreicht, und es wird wieder nach unten gehen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, daß die Bauwirtschaft in der Vergangenheit ein wesentlicher Motor wirtschaftlichen Erfolges auch in Nordrhein-Westfalen gewesen ist. Nicht zuletzt die Politik, die Sie insbesondere in der Zeit von 1985 bis 1990 gemacht haben, hat dort zu erheblichen Kapazitätsabbaumaßnahmen geführt. Die früheren Kapazitäten sind von der Bauwirtschaft bis heute nicht wieder erreicht worden. Die Bauwirtschaft sagt uns in allen Gesprächen: Uns fehlt die politische Zuverlässigkeit. Wenn wir jetzt wieder Leute einstellen, wissen wir nicht, ob wir sie im nächsten halben Jahr nicht doch wieder auf die Straße stellen müssen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das liegt an Bonn!
Das habe ich doch gesagt!)

- Nein, einiges liegt auch an Nordrhein-Westfalen.

(B) Herr Kollege Wolf, Sie haben gerade noch einmal eindrucksvoll dargestellt, wie toll die Programme erfüllt worden sind. Ich kann das zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen. Mir liegt der Schnellbrief der WFA mit dem letzten Auszug vom 30. November vor; das ist also erst wenige Tage her. Danach sind im Mietwohnungsbau 32 % ausgefüllt, bei den Eigentumsmaßnahmen 72 % und bei den sonstigen Maßnahmen 34 %. Diese Zahlen mögen sich in den letzten acht Tagen gesteigert haben. Wir wissen, daß gerade zum Jahresende da in der Tat erhebliche Sprünge sind. Aber nachvollziehen kann man das zum jetzigen Zeitpunkt nicht, weil uns diese Zahlen nicht vorliegen. Vielleicht nennen Sie sie ja gleich, Frau Ministerin; davon gehe ich fast aus.

Frau Ministerin, Sie werden ja darüber nachdenken, wie Sie die Wohnungsbauförderungsbestimmungen für 1993 ändern. Es wird sicher wieder Änderungen geben. Hören Sie dann endlich mit den Eigentumsmaßnahmen im Modell A auf! Dort haben Sie jetzt die höchste Förderung und, soweit mir die Zahlen

(C)

vorliegen, mit 73 % auch die höchste Förderquote. Dort geht es um die Menschen, die am wenigsten verdienen, und diese werden teilweise in den privatwirtschaftlichen Konkurs geschickt. Dort haben wir Zwangsversteigerungen, weil alles das, was gerechnet wird, für diese Leute nicht in Frage kommt.

Deshalb sollten wir den Mut haben, Menschen, die nicht genügend Geld verdienen, um Eigentum zu erwerben oder zu bauen, zu sagen: Wohne lieber in einer Mietwohnung, fahre lieber einmal im Jahr in Urlaub und mache dir ein schönes Leben, als daß du dich dein Leben lang krummlegen mußt, die Mutter eine Putzstelle annehmen muß und die Oma künstlich am Leben erhalten wird, nur um das erträumte Eigenheim finanzieren zu können! Ich denke, daß wir diesen Weg auf Dauer nicht mehr gehen sollten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Kuhl, so ein Zynismus an dieser Stelle! - Gegenruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Klose: Ich gebe jetzt das Wort an Frau Kollegin Nacken für die Fraktion DIE GRÜNEN.

(D)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker beginnen, wenn Sie erlauben, daß ich zitiere, Herr Präsident. Es heißt:

Bedrückende Wohnverhältnisse gefährden den Frieden unter den Menschen. Daran sollten wir alle an Weihnachten denken, und als Politiker haben wir allen Grund, uns mit Nachdruck mahnen zu lassen.

Diese Worte waren Teil der Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten von 1991. Aber auch die Bevölkerung mißt diesem Thema einen sehr hohen Stellenwert zu. Umfragen bestätigen das immer wieder. Die Frage ist nur: Wie reagiert die Politik darauf? Reagiert sie angemessen? Nimmt sie ihre Verantwortung tatsächlich wahr?

(A) (Nacken [GRÜNE])

Aus meiner Sicht verschärft sich die Situation immer noch. Zum Beispiel melden Städte und Gemeinden einen drastischen Anstieg von Obdachlosigkeit und Nichtsehaftigkeit. Sie fühlen sich mit den Problemen zunehmend allein gelassen. Eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt ist weder in Ost noch in West in Sicht. Im Gegenteil: die Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum verschlechtert sich weiter. Die Mieten steigen ungebremst, und diese Mietenexplosion trifft die Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Obwohl dazu verpflichtet, können die Kommunen schon lange nicht mehr jedem Obdachlosen und jeder Obdachlosen ein Dach über dem Kopf bieten, und wenn sie für Wohnraum sorgen, dann meist nur unzureichend in Form von Anmietung von billigen Hotels oder durch das Aufstellen von Containern.

Wohnungsversorgung und Wohnungsnot sind eindeutig einkommensabhängig. In keinem Bereich zeigt sich das Problem der Zwei-Drittel-Gesellschaft so deutlich wie in der Wohnungspolitik. Gerade vor dem Hintergrund des wachsenden Rechtsradikalismus bedeutet Nichthandeln in diesem Politikbereich, Menschen mit ihren Ängsten alleinzulassen und ihr Abdriften in rechtsradikale Kreise zu riskieren.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Eine soziale Wohnungspolitik, die sich dieser Zusammenhänge bewußt ist, müßte den Bestand an preiswerten Mietwohnungen sichern, erhöhen und gezielt reformieren.

Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus: Nach wie vor stehen im Finanzplan des Bundes nur rund 2,3 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Das ist keine Summe, mit der nur annähernd versucht werden könnte, eine politische Priorität zu setzen, selbst wenn wir uns in Zeiten knapper Mittel befinden. Rückflüsse aus früher gewährten Wohnungsbaudarlehen - etwa eine Milliarde DM pro Jahr - sind nach wie vor nicht für den Wohnungsbau zweckgebunden, sondern kommen wieder den Kassen des Finanzministers zugute. Indirekte Subventionen - sprich: Steuererleichterungen - von rund 30 Milliarden DM im Jahr verfolgen in der

(C)

Regel kein wohnungspolitisches Ziel, sondern dienen in erster Linie der Vermögenspolitik. Obere Einkommensschichten profitieren entsprechend ihrer Einkommensprogression überproportional von diesen Subventionen.

Diese Art der Förderung ist nicht einsichtig; denn wohnungspolitische Ziele haben nichts, aber auch gar nichts mit der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Erwerber von Wohnraum zu tun. Und nicht einmal das Ziel der Familienförderung, das die Bundesregierung mit ihrer Eigentums- und Steuerpolitik vorgeblich verfolgt, wird erfüllt. Auch hier nützen die Förderinstrumente überwiegend Familien der höheren Einkommensschichten, während sie von Familien in den mittleren Einkommensschichten nur begrenzt, in den unteren überhaupt nicht in Anspruch genommen werden können.

Es ist nachweislich unwahr, wenn das Bundesbauministerium behauptet, daß die Ausweitung der Abzugsbeträge nach § 10 e des Einkommensteuergesetzes allen Erwerbern von selbstgenutztem Wohneigentum zugute kommen. Beim Kauf von Wohnungen aus dem Bestand ist dieses Mittel wohnungspolitisch sogar kontraproduktiv: Steuermittel werden eingesetzt, ohne daß neue Wohnungen entstehen, und gleichzeitig wird ein Verdrängungsprozeß in Gang gebracht -

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Schultz {SPD})

und das in einer Situation, in der es für viele Haushalte äußerst schwierig ist, aus eigener Kraft vergleichbaren Wohnraum wieder zu finden.

Aber zurück zu Nordrhein-Westfalen! Die Landesregierung hat beschlossen, ein auf Kontinuität aufgebautes Wohnungsbauprogramm für diese Legislaturperiode aufzulegen. Mit dem selbstgesteckten Finanzrahmen können so pro Jahr zwischen 28 000 und 35 000 Wohnungen in NRW neu gebaut werden. Diese Wohnungen stehen nicht nur auf dem Papier - Herr Kollege Wolf hat das eben bereits betont -, sie werden auch tatsächlich gebaut, wie bei der letzten

(A) (Nacken [GRÜNE])

Sitzung der Wohnungsbauförderungsanstalt deutlich wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.]

- Hier gibt es tatsächlich einen kleinen Wissensvorsprung von SPD und CDU; da gebe ich Herrn Kollegen Kuhl recht; wenn mir der Kollege Wolf nicht diese Informationen geben würde, befände ich mich auch noch auf dem Stand des Herrn Kollegen Kuhl.

Tatsächlich verhält es sich so, daß die Mittel in diesem Jahr wieder sehr zufriedenstellend abgerufen werden. Das heißt für mich, daß die Aufteilung der Mittel auf den sozialen Wohnungsbau in den verschiedenen Förderkategorien in der Tat eine Nachfrage hat. Ich gehe davon aus, daß das nächste Wohnungsbauprogramm daher auch in ähnlicher Struktur "gestrickt" sein wird.

Aber das kann aus unserer Sicht nicht alles sein, was wir hier in Nordrhein-Westfalen tun können. Da gibt es drei Punkte, die ich in diesem Zusammenhang ansprechen will:

35 000 Wohnungen, öffentlich gefördert - das wäre das Maximum dessen, was wir mit den Landesmitteln in 1993 auf die Beine stellen könnten. - 35 000 Wohnungen sind bei einem jährlichen Bedarf von 100 000 neuen Wohnungen in der Tat nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie entsprechen zwar der Quote, die der öffentlich geförderte Wohnungsbau in der Regel übernimmt - die übrigen zwei Drittel müßten freifinanziert entstehen -, dabei wird jedoch immer übersehen, daß der Bestand an preiswertem gebundenem Wohnraum gleichzeitig rapide abschmilzt. Bis zum Jahre 1995 wird dieser Bestand auf weniger als die Hälfte, nämlich auf 750 000 Wohnungen, zusammengeschrumpft sein. Hier fehlen mir Aktivitäten der Landesregierung, diesen Prozeß zu verlangsamen, wenn nicht gar endgültig zu stoppen.

In diesem Punkt bedauere ich die Ablehnung unserer Anträge zur Verwendung der Fehlbelegerabgabe auch zum Erwerb von Bindungen. Ich bedauere die Ablehnung unseres Antrags zur Einrichtung eines wohnungspolitischen Interventionsfonds für Kommunen, den wir hier noch einmal zur Abstimmung stellen. Mit diesem Fonds könnten die Kommunen in die

(C)

Lage versetzt werden, Bindungen an preiswerten Beständen oder an bisher von Angehörigen militärischer Streitkräfte bzw. von ihren Familien genutztem Wohnraum anzukaufen. Mit einem solchen kommunalen Wohnungsbestand hätten die Kommunen endlich Manövriermasse in der Hand, mit der sie aktiv Wohnungspolitik vor Ort betreiben könnten.

Im Ausschuß haben Sie uns entgegengehalten, daß Ankaufsmittel für solche Fälle zur Genüge zur Verfügung stünden. Wenn ich sehe, daß das Wohnungsbauprogramm so gut wie abgerufen ist, in Minden-Lübbecke aber ehemals militärisch genutzte Wohnungen vom Bund als Eigentumswohnungen verkauft werden, obwohl sich die Kommune und eine starke Initiative vor Ort um den Ankauf der Wohnungen zur Schaffung von sozialen Mietwohnungen bemüht haben, kann dies nicht ganz stimmen. Letztendlich ist dies nämlich an der fehlenden Landesunterstützung gescheitert. Ich bin gespannt, wie mit den in den nächsten Tagen freiwerdenden Wohnungen verfahren werden wird, die sich in Landesbesitz befinden.

So gut kann es also doch nicht um die Ankaufsmittel bestellt sein. Mir scheint die Ankaufsförderung auf Projekte beschränkt zu sein, mit denen sich die Landesregierung eine gute Presse verschaffen kann.

(Minister Matthiesen: Das ist doch legitim!)

(D)

Ich fühle mich bestärkt in unserem Anliegen, einen Fördertopf für Kommunen in solchen Fällen einzurichten.

Herr Minister Matthiesen wirft ein, es sei legitim, daß man sich dadurch eine gute Presse verschafft; das ist freilich richtig. Aber es geht auch darum, wo Engpässe in der Versorgung mit sozialem Mietwohnungsbau bestehen; das wäre in Minden-Lübbecke ein solcher Fall aus unserer Sicht gewesen.

Ein weiterer, ähnlich gelagerter Fall: Wir hatten vorgeschlagen, Mittel in den Haushalt einzusetzen, um Schlicht- und Einfach-Wohnungen, in denen Obdachlose untergebracht sind, an den Standard des sozialen Wohnungsbaus anzupassen und Asylbewerber-Wohnheime nach einer Übergangszeit in sozialen Mietwohnungsbau umzuwandeln. Auch hier hieß es, dies sei inhaltlich überdenkenswert; die Mittel dafür

(A) (Nacken [GRÜNE])

stunden schon zur Verfügung. - Auch das kann so nicht stimmen, sind doch die Aus- und Umbaumittel nicht ausreichend, um die vorliegenden Anträge aus den Kommunen zu befriedigen, die nicht einmal Obdachlosenunterkünfte betreffen. Allein in Köln ist da die Rede von 3 000 Wohnungen, die dringend in dieses Programm hineinkommen sollen. Das betrifft insbesondere die allen Kölnern bekannten Laubengang-Häuser. Hier drohen Konflikte mit den engagierten Mieterinitiativen, die sich seit Jahren um einen Umbau ihrer Wohnungen bemühen.

In der Tat wird das Wohnungsbauprogramm in der vorliegenden Form abgerufen. Das bedeutet aber nicht, daß es nicht noch weiteren, darüber hinausgehenden Bedarf gäbe. Sie wissen genau, daß für bestimmte Einkommensgruppen ein extremes Versorgungsdefizit besteht.

In dieser Situation die Anhebung der Einkommensgrenzen anzustreben, halten wir für ein falsches Signal. Sie versuchen, Stimmung für diese NRW-Initiative im Bundesrat zu machen mit Schlagzeilen wie: "Sozialwohnungen für jeden zweiten" oder "Auch Krankenschwestern sollen Sozialwohnungen zustehen".

(B) Ich verstehe Ihr Anliegen. Es handelt sich dabei um Haushalte, deren Einkommen über den Grenzen des sozialen Wohnungsbaus liegt, die sich aber die sündhaft teuren Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt nicht leisten können. Ich meine aber, diesen Haushalten steht jetzt schon ein Großteil der Wohnungsbau-mittel im Rahmen des zweiten Förderwegs zur Verfügung. Fakt ist aber doch auch, daß in Großstädten wie Köln 80 % der Wohnungssuchenden 20 % unter den bisherigen Einkommensgrenzen liegen. Fakt ist, daß wir fast 60 000 Obdachlose in NRW haben, also Menschen, die überhaupt kein Dach über dem Kopf haben.

Da wir nicht über genügend sozialen Wohnungsbau für jeden zweiten NRW-Bürger und jede zweite NRW-Bürgerin verfügen, ist ja auch klar, wie angesichts der Konkurrenz das Rennen um die wenigen Wohnungen ausgehen wird: Die Schwächsten aus der Gruppe der Haushalte, die Zugang zum sozialen Wohnungsbau haben, werden dabei wieder einmal leer ausgehen.

In Zeiten knapper Mittel müssen diese auf die schwierigsten Aufgaben konzentriert werden, oder man muß bereit sein, die Mittel entsprechend aufzustocken. Wir haben versucht, durch Kürzungen an anderen Stellen im Haushalt trotz Finanzknappheit Akzente zu setzen, die denjenigen Haushalten zugute kommen, die dringend Hilfe brauchen. All diese Anträge haben Sie abgelehnt, zum Teil nicht deshalb, weil Sie inhaltlich dagegen waren, sondern weil Sie unsere Deckungsvorschläge nicht akzeptieren konnten oder wollten.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Die waren unseriös! - Abgeordneter Schultz [SPD]: Wir können sie nicht einmal! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ach, die haben wir Ihnen doch zugestellt!)

Wir haben im Ausschuß sehr ausgiebig das Dilemma diskutiert, daß wir Ihnen natürlich die Deckungsvorschläge im Detail sehr schwer zu einem so späten Zeitpunkt vorstellen können. Das ist das Dilemma der Haushaltsberatungen: Wenn wir uns über Anträge unterhalten, nachdem Sie Ihre Fraktionshaushaltsklausur gehabt haben, dann wissen wir alle - das müssen auch Sie zugeben -, daß keine Änderungen mehr möglich sind. Da brauchen Sie uns jetzt nicht vorzuwerfen, daß Deckungsvorschläge zu spät oder gar nicht herübergekommen wären.

(Abgeordneter Jaeger [CDU]: Die hätten auch mit rechtzeitigen Deckungsvorschlägen alle Anträge abgelehnt!)

Wir haben einen Deckungsvorschlag in einem Globalhaushalt. Das müssen Sie uns so abnehmen. Es ändert nichts daran, daß Sie gegen diese Anträge waren.

Ich meine aber: Wenn Ihnen die Anträge, die wir im Ausschuß dargestellt haben, tatsächlich so wichtig waren, wie Sie es teilweise bestätigt haben, dann hätten Sie durchaus auch selber weitere Mittel mobilisieren können, wenn Sie mit unseren Deckungsvorschlägen nicht einverstanden waren. Ihren Kolleginnen und Kollegen im Verkehrsbereich ist das ja gelungen, wie wir gleich noch sehen werden.

Auch für das Land gilt: Welche Summe für den Wohnungsbau bereitgestellt wird, ist letztendlich eine Frage der politischen Priorität. Ich vermisse eine der

(C)**(D)**

(A) (Nacken [GRÜNE])

Problemlage angemessene Priorität. Mangelnde Finanzausstattung kann eben nicht allein durch die Einrichtung eines eigenen Ministeriums ausgeglichen werden.

Ein letztes Wort zum Thema Städtebauförderung, auch wenn das in den Einzelplan 15 hineingehört. Das ist das Dilemma der Trennung dieser beiden Häuser. Zum Einzelplan 15 werden im übrigen die Verkehrspolitiker und Verkehrspolitikerinnen reden.

Mir liegt das Thema der Städtebauförderung sehr am Herzen. Die doch zu diesem Zeitpunkt unerwartete Kürzung der Bundesmittel wird uns in Nordrhein-Westfalen einiges zu schaffen machen. Ich hoffe sehr, daß NRW nicht, wie damals bei der Kürzung der Bundesmittel für den Wohnungsbau, auch hier mit einer Kürzung der Landesmittel nachziehen wird.

(Minister Kniola: Das werden wir nicht!)

- Es ist schön, das jetzt schon zu hören. Wir werden darüber, denke ich, eine ausführliche Debatte nach Ihrem Bericht im Januar führen und dann sehen, welche Konturen eine neue Städtebauförderung in diesem Land annehmen wird, mit der auch unsere Kommunen leben können. - Ich danke Ihnen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Ihnen, Frau Ministerin, das Wort.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusi: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Sehr verehrter Herr Riscop, Sie haben sich vorhin darüber beklagt, in welcher Weise die Mehrheitsfraktion dieses Hohen Hauses mit Ihren Anträgen umgegangen sei. Sie sollten einmal darüber nachdenken, daß dies möglicherweise nicht ein böses Verhalten der Mehrheitsfraktion ist, sondern auch etwas mit dem Inhalt Ihrer Anträge zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie einen Antrag "50 000 Sozialwohnungen pro Jahr" stellen und dabei eine Finanzierung vorschla-

(C)

gen, die in keiner Weise gedeckt ist, weil wir nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz gar keine Zuschüsse zahlen können - wie Sie vorschlagen -, sondern auf Darlehen angewiesen sind, dann ist es selbstverständlich, daß ein solcher Antrag abgelehnt werden muß, weil er unseriös ist.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: So ist es nun einmal!)

Wenn hier von seiten der F.D.P.-Fraktion ein Antrag zur Wohnungsbauförderung vorgelegt wird mit Miethöhen, die die Mehrheitsfraktion und auch ich für sozial nicht verträglich halten, dann werden Sie Verständnis dafür haben, daß wir einem solchen Antrag nicht zustimmen. Denn, Herr Kuhl, wenn Sie hier sagen, der zweite Förderweg müßte mit Mieten von 13 DM pro Quadratmeter ausgestattet werden, dann muß ich Sie fragen: Welcher Arbeitnehmerhaushalt, der derzeit über den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegt, kann denn eine solche Miete überhaupt bezahlen?

(Zustimmung bei der SPD)

Haben Sie einmal nachgerechnet, welchen Anteil vom Einkommen dies ausmacht?

(D)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Unverantwortlich!)

Mein Haus tariert jedes Jahr bei der Neufestsetzung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen sehr sorgfältig aus, was den zukünftigen Mietern der Sozialwohnungen und der Wohnungen im zweiten Förderweg an Miete zuzumuten ist. Herr Kuhl, es ist falsch, wenn Sie hier darstellen, wir hätten noch nie über Mieterhöhungen nachgedacht. Wir haben in den letzten Jahren leider auch die Sozialmieten erhöhen müssen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Darüber haben wir uns ja gefreut. Aber zuwenig!)

Dann muß man feststellen: Was ist dann noch an Darlehen erforderlich, damit Wohnungsbau rentabel bleibt? Das gilt auch für sozialen Wohnungsbau.

(A) (Ministerin Brusis)

Ich will etwas zur Rentabilität sagen. Ich freue mich, meine Herren und Damen Abgeordneten, hier sagen zu können, daß die Ausweitung des zweiten Förderwegs, den wir im vergangenen Jahr mit 1 000 Wohneinheiten ausprobiert und in diesem Jahr auf 5 000 aufgestockt haben - Wohnungen für Arbeitnehmerhaushalte, die über den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen -, so gut angenommen worden ist. Die Mittel des zweiten Förderwegs sind in diesem Jahr zu 85 % abgeflossen. Das war eine große Leistung der Bewilligungsbehörden, die sich auf ein neues Förderinstrument einzustellen hatten. Wir haben ihnen Dank dafür zu sagen, daß sie sich in dieser Frage engagiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieser zweite Förderweg hat sich zu einem sehr flexiblen Instrument der Wohnungsbauförderung entwickelt. Da gibt es Arbeitgeber, die über Arbeitgeberdarlehen an diesem zweiten Förderweg partizipieren, um für ihre Beschäftigten Wohnungen zu schaffen. Es gibt andere, die für dieses Darlehen, das das Wohnungsunternehmen selbst aufnimmt, die Zinsen übernehmen. Und es gibt kleine Handwerksbetriebe, die über Eigenleistungen ihren Anteil dazu beitragen.

- (B)** Ich glaube, daß wir hier ein Instrument gefunden haben, mit dem wir auch in den nächsten Jahren die Wohnungsbauförderung sehr flexibel weiterentwickeln können. Aber es bedarf auch des Engagements vor Ort. Ich habe eben schon gesagt, wie dankbar ich den kommunalen Behörden bin, daß sie da mitgezogen haben. Ich will hier ebenfalls sagen: Ich bin auch sehr dankbar für das Engagement vieler Abgeordneter der SPD-Fraktion, die sich in ihren Wahlkreisen dafür einsetzen, daß dieses Wohnungsbauförderungsprogramm auch vor Ort umgesetzt wird, die wohnungspolitische Gespräche organisieren, in denen Förderbedingungen diskutiert und bekanntgemacht werden können, die alle Beteiligten an einen Tisch holen, um Verfahren zu verkürzen und zu prüfen, was vor Ort machbar ist.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Ich würde mir ein gleiches Engagement von allen anderen Fraktionen dieses Landtags wünschen.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Ich möchte jetzt etwas zu dem Abfluß der Mittel sagen. Herr Abgeordneter Wolf hat schon dargestellt, was in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wohnungsbauförderung der WFA mitgeteilt worden ist, nämlich daß die Mittel im ersten Förderweg zu 100 % abgeflossen sind, im zweiten Förderweg zu 85 %. Ich denke, dies ist ein gutes Ergebnis.

Herr Kuhl, ich könnte Ihre Einlassungen zum Abfluß der Mittel aufgrund der WFA-Statistiken verstehen, wenn wir dieses Spiel in diesem Jahr zum erstenmal machten. Aber da wir Ihnen in jedem Jahr sagen, daß die Ihnen vorgelegten Statistiken der WFA gegen Ende des Jahres nicht das tatsächliche Bild wiedergeben, könnten Sie irgendwann auch einmal anfangen, das zu glauben,

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Das habe ich doch so nicht gesagt!)

zumal wir es im Ausschuß auch diskutiert haben.

- Ein Wort zur Eigentumsförderung! Herr Kuhl, Sie sagen: Schaffen Sie das Modell A ab; es ist zu teuer. - Ja, wenn wir nur danach verfahren würden, was teuer ist, dann könnten wir uns wahrscheinlich zur Zeit den gesamten sozialen Wohnungsbau nicht mehr leisten! Aber wollen Sie denn den Familien, die kleine Einkommen haben, die Unterstützung zur Schaffung des Eigenheims untersagen? Für eine Familie mit Kindern ist nach wie vor das Eigenheim die geeignetste Wohnform. Wenn sie sagt, sie sei bereit, sich einige Zeit krummzulegen, wenn sie sich mit Unterstützung des Staates ein Eigentum zulegen könne, dann wollen wir es ihr verwehren? - Dies halte ich allerdings für eine sehr unsoziale Argumentation.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Hinweis, daß sie alle in Konkurs getrieben würden und das Haus nicht halten könnten, stimmt nicht. Dies

(A) (Ministerin Brusis)

kann ich Ihnen anhand von Zahlen der Wohnungsbauförderungsanstalt, und zwar aus dem Programm "Wohneigentumssicherungshilfe", belegen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Nicht alle, aber ein großer Teil!)

Meine Herren und Damen, wir werden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus im nächsten Jahr auf hohem Niveau fortsetzen. Wie hoch die tatsächlichen Zahlen des Wohnungsbauprogramms im nächsten Jahr sein werden, werden wir feststellen, wenn die Förderbedingungen für das nächste Jahr festliegen. Zunächst einmal müssen wir prüfen, welche Entwicklungen sich im vergangenen Jahr beispielsweise im Hinblick auf Baukosten ergeben haben. Dann werden wir herausfinden, was mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln im nächsten Jahr zu machen ist. Nur eines kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Die Landesregierung wird nicht nur die Zusage der Regierungserklärung von 27 000 Sozialwohnungen pro Jahr einhalten, sie wird sie auch im nächsten Jahr übererfüllen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Sehr richtig!)

(B) Frau Nacken, Sie haben hier moniert, daß keine Mittel zum Ankauf von Bindungen zur Verfügung stehen. Ich will hier wie im Ausschuß darauf hinweisen, daß diese Mittel zur Verfügung stehen. Wenn es im vergangenen Jahr keine Ankaufsbegehren gegeben hat und keine Förderung notwendig war, dann hängt das damit zusammen, daß vor Ort solche Verkäufe nicht anstanden und wir nicht um Hilfe gebeten worden sind, um Wohnungen ankaufen zu können.

Herrn Abgeordneten Kuhl will ich in dem Zusammenhang ein bißchen die Illusion nehmen. Sie haben durchaus recht mit Ihrer Frage, ob das Land eigentlich eigene Mietwohnungen verwalten muß. Das muß nicht unbedingt Landesaufgabe sein; das ist vor Jahren einmal geschehen, weil es Landesbedienstetenwohnungen gab. Aber ob das auf Dauer so weitergeführt werden muß, ist eine andere Frage.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.] nickt.)

Nur, hüten Sie sich vor der Illusion, daß man beim Verkauf von Sozialwohnungen, wenn diese Wohnungen weiterhin als Sozialwohnungen zur Verfügung

(C)

stehen sollen, sehr viel Gewinn machen könnte. Dies wird nicht der Fall sein. Das wissen wir aus all den Ankäufen, die in den letzten Jahren getätigt worden sind. Im Gegenteil! Sie wurden mit Hilfe der Ankaufsförderung des Landes vorgenommen, sonst wären diese Wohnungen nämlich nicht als Sozialwohnungen zu halten gewesen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz [SPD]: Meistens gibt es nur eine Mark!)

Zu den Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau! In der Tat, ich habe mich in dieser Frage engagiert, und ich bin der SPD-Fraktion sehr dankbar, daß sie zu Beginn des Jahres mit einem Antrag, der hier im Plenum beschlossen worden ist, meine Bemühungen unterstützt hat.

(Beifall des Abgeordneten Schultz [SPD])

Ich werde in die Bauministerkonferenz am Freitag mit einem Vorschlag gehen, nicht deshalb, Frau Nacken, weil wir für den Neubau eine Erhöhung der Einkommensgrenzen brauchen - da haben wir andere Fördermethoden entwickelt -, sondern weil wir die Erhöhung der Einkommensgrenzen wegen der schwierigen Situation im Sozialwohnungsbestand brauchen. Hier muß etwas getan werden, und das geht nur, wenn der Bund bereit ist, das Wohnungsbaugesetz an dieser Stelle zu ändern.

(D)

Ich habe vorhin mit der Frage begonnen: Liegt vielleicht die Tatsache der Ablehnung von Anträgen der Opposition auch daran, was in diesen Anträgen steht? - Ich will diese Frage - das noch einmal im Hinblick auf Ihre Anträge, Herr Abgeordneter Kuhl -, die Mittel für die internationalen Beziehungen zu senken, aufgreifen. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wie man in einer Situation, in der wir kurz vor der Vollendung des europäischen Binnenmarktes stehen, sagt: Was scheren uns eigentlich die internationalen Beziehungen! Damit hat das Land Nordrhein-Westfalen zumindest in der Wohnungspolitik und in der Baupolitik nichts zu tun!

Wir haben eine Bauproduktenrichtlinie der EG. Wir haben eine Vielzahl von EG-Richtlinien, die den Baubereich betreffen. Dies alles bedeutet, daß wir uns viel stärker in die internationale Arbeit einschalten

(A) (Ministerin Brusis)

wollen. Wollen Sie wirklich in der jetzigen Situation sagen, daß das Land Nordrhein-Westfalen überhaupt keinen Beitrag zu leisten hat im Hinblick auf die Kontakte zu den osteuropäischen Ländern und im Hinblick auf die Hilfen, die wir dort zu geben haben?

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!
- Beifall bei der SPD)

Ich halte dies für eine falsche Politik. Deshalb glaube ich, daß es richtig war, daß diese Anträge von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden sind.

Meine Herren und Damen, der Einzelplan 14 wird auch im nächsten Jahr eine der tragenden Säulen der Baukonjunktur sein. Der Bauhaushalt der Landesregierung und Garant für Kontinuität auch und gerade für die Bauwirtschaft und fördert die Investitionsbereitschaft in diesem Bereich.

Ein guter Indikator dafür sind die Baugenehmigungen der letzten Zeit. Wir haben im vergangenen Monat eine Steigerung der Baugenehmigung im Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahresmonat von 52 Prozent gehabt. Dies macht deutlich, daß wir auf einen guten Weg sind.

- (B)** Aber ich sage hier noch einmal: Wir sollten nicht der Illusion anhängen, daß wir allein über den sozialen Wohnungsbau die Wohnungsmarktprobleme lösen können. Wir brauchen den freifinanzierten Wohnungsbau. Und da bitte ich Sie sehr herzlich, Herr Abgeordneter Pohl: Manchmal beklagt sich die Opposition darüber, daß sie bestimmte Gutachten der Landesregierung nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt bekommen. Sie wissen, mein Haus ist sehr informationsfreudig und gibt Ihnen fast alles, was Sie haben möchten. Dieses Gutachten habe ich Ihnen zukommen lassen. Ich empfehle nur: Sie sollten es auch einmal lesen.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn wenn Sie behaupten, daß die Rentabilität im freifinanzierten Wohnungsbau nicht gesichert sei, und dies mit dem Hinweis auf die Versicherungen belegen, dann steht genau dies in dem Gutachten. Und genau diese Einschränkungen mache auch ich immer an dieser Stelle, daß nämlich gerade für die Versicherungen bestimmte Abschreibungsmodalitäten

(C)

verbessert werden müssen, um für sie die Rentabilität wieder zu verbessern. Nur bitte ich Sie herzlich: Wenden Sie sich an Ihre Parteifreundin beim Bund. Denn sie hat mehr Möglichkeiten als das Land Nordrhein-Westfalen, auf das Steuerrecht einzuwirken. Die Anträge des Landes Nordrhein-Westfalen zum Steuerrecht, die für den Bundesrat in den Bundestag gelangt sind, sind dort in der Regel gescheitert.

Meine Herren und Damen, ein paar letzte Bemerkungen zur staatlichen Bauverwaltung! Die Finanzbauämter und die Staatshochbauämter werden ab 1. Januar 1993 aufgrund einer Verordnung der Landesregierung zu Staatlichen Bauämtern zusammengeführt. Damit werden in Zukunft diese neun Ämter die inhaltlich weitgehend vergleichbaren Bauaufgaben des Bundes und des Landes erledigen. So ist ein erster wichtiger Schritt zur umfassenden Reform der staatlichen Bauverwaltung getan worden. Die Reduzierung der Ämter von bisher 39 auf 31 trägt der Tatsache Rechnung, daß der Bund seine Bauaufgaben reduziert hat.

Aber wir wollen mit dieser Reduzierung der Staatlichen Bauämter und den jetzt noch vorzunehmenden weiteren Schritten auch zu einer effektiveren und aufgabenangepaßteren Auslastung der Bauämter kommen.

(D)

Im Haushalt für 1993 wirkt sich dies zunächst in einem einheitlichen Stellenplan für die staatliche Bauverwaltung aus. Wir werden noch darangehen, noch eine Reihe von Verwaltungsvorschriften auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und sie zu harmonisieren. Inzwischen gibt es einheitliche Beurteilungsrichtlinien für die gesamte staatliche Bauverwaltung. Und zum 1. Januar 1993 wird eine einheitliche Geschäftsordnung in Kraft treten.

Wir müssen die staatliche Bauverwaltung effektiver gestalten. Aber wenn sie effektiver arbeiten soll, dann gehört dazu auch eine kontinuierliche und systematische Fortbildung. - Herr Abgeordneter Kuhl, wenn Sie glauben, daß man das in der heutigen Zeit dadurch erreichen kann, daß man durch die Hotels reist, um dort Fortbildungsveranstaltungen zu machen, dann übersehen Sie, daß heute zu einer staatlichen Bauverwaltung eine intensive Schulung auch im technologischen Bereich gehört. Und dies können Sie nicht von

(A) (Ministerin Brusis)

hier nach da jeweils verlagern, sondern dazu brauchen Sie schon einen festen Standort. Ich glaube, daß die Maschinenhalle der Zeche Rhein-Elbe der staatlichen Bauverwaltung dafür in Zukunft eine gute Heimstätten sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Jaeger für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Jaeger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Wolf kam mir eben bei seiner Rede vor wie der kleine Junge im dunklen Walde, der laut pfeift, um sich selber Mut zu machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Mut brauchen Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, um die Probleme zu lösen, die jetzt auf Sie zukommen. Denn die Gegenwart sieht in bezug auf Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen sehr trübe aus.

(B) Und da helfen auch Ihre Zahlenspielereien überhaupt nichts. Es hat gar keinen Zweck, sich im Plenum schön zu rechnen und draußen andere Zahlen entgegennehmen zu müssen.

Es wird auch immer wieder gesagt, der Bund tue viel weniger als das Land im Wohnungsbau,

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Er tut doch fast gar nichts mehr!)

das Land alleine gebe mehr aus als der Bund für alle Länder.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Stimmt das nicht?!)

Tatsache ist: Hier gilt 1 : 1. Der Bund gibt rund 700 Millionen DM nach Nordrhein-Westfalen, und das Land legt zu jeder Mark eine Mark dazu, nämlich ebenfalls 700 Millionen und keinen Pfennig mehr. Alles andere kommt aus dem Wohnungsbauvermögen, das in wesentlichen Teilen noch aus CDU-Zeiten

(C)

stammt, nämlich aus der Zeit, als die vielen Wohnungen gebaut worden sind, und aus der Zeit haben wir jetzt die Rückflüsse.

(Zuruf von der SPD: Herr Kollege, gehört das Wohnungsbauvermögen der CDU?)

Ich komme auf das Stichwort "trübe" zurück. Trübe sieht es in Nordrhein-Westfalen aus. Nach zweieinhalb Jahren in dieser Legislaturperiode, nach 26 Jahren SPD-Regierung in unserem Lande und davon nach mehr als 12 Jahren absoluter SPD-Mehrheit fehlen in Nordrhein-Westfalen 400 000 bis 500 000 Wohnungen oder möglicherweise noch mehr. Und ein Regierungspräsident - wohlgemerkt: ein Regierungspräsident unseres Landes - hat für seinen Bereich vor einigen Tagen festgestellt, bei der jetzigen Bautätigkeit könne der derzeitige Wohnungsbedarf erst in 24 Jahren gedeckt werden. Den Menschen, die warten müssen, ist mit einem "Weiter so", Frau Ministerin, dieser Landesregierung nicht geholfen.

Wir von der CDU-Fraktion wollen denen, die bei der SPD-Landesregierung bis zu 24 Jahre auf ihre Wohnung warten müssen, neue Perspektiven geben.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Erschreckend für die Bevölkerung und vernichtend für das Wohnungsbauministerium fällt somit auch die von uns vorgelegte Halbzeitbilanz zur SPD-Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen aus. Mein Kollege Riscop hat bereits ausführlich dargelegt, daß die erforderlichen Wohnungsneubauten in keinem Jahr erreicht worden sind.

(Abgeordneter Grevener [SPD]: Keine Wiederholungen!)

Auf Einzelheiten werden wir bei der Beratung des Wohnungsbauprogramms für das kommende Jahr zurückkommen.

Der freifinanzierte Wohnungsbau ist ja zeitweise fast ganz zum Erliegen gekommen. Dafür gibt es natürlich viele Gründe. Ein Hauptproblem ist die völlig unzulängliche Baulandsituation. - Hier wende ich mich gleichzeitig an einen Teilbereich des Aufgabengebietes von Herrn Minister Kniola. Sie sehen, meine Damen

(D)

(A) (Jaeger [CDU])

und Herren, wie unsinnig die Teilung dieses Ministeriums ist. Man muß immer mit beiden Ministern sprechen. Da hätte man sie gleich in ein Ministerium packen können.

Es fehlt überall in diesem Land an Bauland für den Wohnungsbau; auch deshalb steigen die Baupreise ins Unermeßliche und werden unbezahlbar.

(Abgeordneter Grevener [SPD]: Das ist doch Sache der Gemeinden!)

Trotzdem hat die SPD-Mehrheit in diesem Hause unseren Antrag "Bürokratie abbauen und Bauland beschaffen" abgelehnt. Dies nicht, weil wir genug Bauland haben, sondern einfach weil dieser Antrag von der CDU-Fraktion kam.

Während sich die Landesregierung und die SPD darauf beschränken, das Problem zu beschreiben, haben wir konkrete Lösungsvorschläge gemacht. Es ist nun einmal eine Binsenweisheit, daß es ohne zusätzliches Bauland auch keine zusätzlichen Wohnungen geben kann. Wir wollen zwar nicht die letzten Freiflächen in den Verdichtungsgebieten bebauen, aber wir wollen am Rande der Baubereiche ein Stückchen zulegen. Es gibt keine nordrhein-westfälische Großstadt, in deren Umgebung es nicht große erschließbare Flächen gibt. Sie werden aber nicht erschlossen, statt dessen müssen die Menschen hier auf ihre Wohnungen warten. Eine solche Handlungsweise ist gegenüber den betroffenen Menschen unverantwortlich.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD])

In der Baulandfrage muß die SPD-Landesregierung aus dem Stadium der Zustandsbeschreibung, in dem sie sich nun mindestens seit 1990 befindet, heraustreten und endlich alle in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen so verändern, daß eine zügige Bereitstellung von ausreichend Bauland erfolgen kann.

Die CDU-Fraktion hat darüber hinaus Alternativen zur derzeitigen Wohnungsbauförderung erarbeitet. Wir haben bereits angekündigt, daß wir Einzelheiten nach der Verabschiedung des Haushalts im Ausschuß einbringen werden, um das 1993er Förderprogramm

(C)

effektiver zu gestalten und so mehr Anreize für mehr Wohnungsbau zu geben.

Wir brauchen - und das habe ich hier schon mehrfach gesagt - Wohnungen für die schwächeren Wohnungssuchenden. Wir brauchen aber auch Wohnungen für all die Menschen, die jetzt noch vor der Tür stehen. Deshalb werden wir beantragen, mit den zur Verfügung stehenden Wohnungsbaumitteln von rund 3,1 oder 3,2 Milliarden DM nicht nur, wie vorgesehen, gut 30 000 Wohnungseinheiten, sondern über 40 000 Wohnungseinheiten zu fördern.

Die CDU-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang eine völlige Neugestaltung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen. Wir denken hier unter anderem an

- die Vereinfachung und Verstetigung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen und der Modernisierungsrichtlinien,
- die Verbesserung des Vollzugs der Förderungsbestimmungen, insbesondere durch eine Beschleunigung der Prüf- und Genehmigungsverfahren,
- die unverzügliche Einführung der vereinbarten Förderungen als Instrument für eine wirksamere Steigerung des Förderungsergebnisses,
- die Entwicklung neuer Förderungsmodelle im Miet- und im Eigentumswohnungsbau mit geringerem Subventionsaufwand.

(D)

Wir brauchen also mehr Wohnungen. Daher bedrückt es uns ganz besonders, daß selbst das schmale Landeswohnungsbauprogramm 1992 nicht in die Gänge kommt.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Nehmen Sie doch ein größeres Programm!)

Hier muß ich Ihnen ganz energisch widersprechen. Es ist nun einmal eine traurige Tatsache, daß nach den ersten elf Monaten dieses Jahres nicht einmal 50 % des Wohnungsbauprogramms bewilligt sind. Wenn

(A) (Jaeger [CDU])

hier andere Zahlen genannt werden, stimmen entweder Ihre Zahlen nicht,

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

oder die Zahlen der Wohnungsbauförderungsanstalt, die uns zum 1. Dezember vorgelegt worden sind, sind falsch. Eines von beiden kann nur richtig sein. Hier müssen Sie sich selbst einig werden.

Die Wohnungsbaumittel gehen eben nicht, wie Kollege Wolf das ausgeführt hat, wie geschnitten Brot weg, sondern werden, wie wir inzwischen wissen, wie sauer Bier durch das Land getragen und überall angeboten, damit ja am Jahresende wenigstens eine Größenordnung von 70 bis 80 % der Mittel bewilligt ist. Aber selbst das wäre bei der gegenwärtigen Wohnungsnot ein unzulängliches Ergebnis.

Es ist also unfaßbar: Hunderttausende in unserem Land warten auf Wohnungen, aber die Bürokratie schafft es einfach nicht, die im Haushalt bereitstehenden Mittel rechtzeitig an die Bauherren zu bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Champignon [SPD])

(B) Statt hier Druck zu machen, kommt die Ministerin jetzt mit einem völlig neuen Schlagwort: Es soll ein Frühwarnsystem erfunden werden, habe ich gelesen, mit dem die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt beobachtet werden kann. Die Wohnungsbauförderungsanstalt soll Daten sammeln und Trends auf dem Wohnungsmarkt erfassen, statt, wie wir es erwarten, vorrangig Mittel zu bewilligen. Statt nach den Sternen zu forschen, Frau Ministerin, hätten Sie besser rechtzeitig den Wecker stellen sollen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Jaeger, darf ich Sie einmal unterbrechen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie sehr herzlich, wenn Gespräche zu führen sind, dies außerhalb des Plenarsaals zu tun. Die Geräuschkulisse ist sehr intensiv geworden. Der Redner hat einen Anspruch darauf, daß man ihm zuhört. - Herr Jaeger, bitte!

(C)

Abgeordneter Jaeger (CDU): Danke schön.

Ich wiederhole: Statt nach den Sternen zu forschen, hätte die Bauministerin rechtzeitig an der richtigen Stelle den Wecker stellen sollen.

(Anhaltende Unruhe - Erneut Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen keinen aufgeblähten Staat, der das Problem beschreibt oder die Wohnungsnot verwaltet. Wir von der CDU wollen, daß jetzt schnell viele Wohnungen gebaut werden. Dazu brauchen wir auch dieses zusätzliche, nach unserer Auffassung überflüssige Bauministerium nicht. Was wir jetzt brauchen, sind im ganzen Lande Baustellen, Baustellen und noch einmal Baustellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Jaeger.

Meine Damen und Herren! Offensichtlich habe ich mit meinem Hinweis eben gerade das Gegenteil des Gewollten bewirkt: Es wurde lauter. Ich bitte Sie sehr herzlich, dem Kollegen Schultz, dem ich jetzt das Wort erteilen möchte,

(D)

(Oh-Rufe von der CDU)

mit der gleichen Intensität zuzuhören, die ich auch Herrn Jaeger gewünscht habe. Bitte schön, Herr Schultz!

Abgeordneter Schultz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte doch um einen Augenblick Geduld; denn ich denke, wir sollten es uns nicht leisten, so leichtfertig, wie es hier einige Redner der Opposition getan haben, über die wirklich existentiellen Probleme von Menschen hinwegzugehen.

Herr Kollege Kuhl, Sie fordern die Einstellung des Eigentumsprogramms, das wir unter der Ziffer A im Fachjargon führen, also für die Menschen, die am wenigsten Geld in unserem Lande verdienen, mit der

(A) (Schultz [SPD])

Begründung, viele von diesen Leuten würden sozusagen in den Konkurs getrieben. Wenn Sie das fordern, dann ist das leichtfertig, und dann sind Sie nicht einmal wirklich Ihrer ersten Pflicht als Abgeordneter nachgekommen. Hätten Sie den Schnellbericht der WFA zum 31. Oktober, der Ihnen mit der Post zugegangen ist, gelesen, dann wüßten Sie, daß in diesem Jahr für die Wohnungseigentumssicherungshilfe - das ist nämlich ein Instrument, das wir eigens für besondere Notfälle eingeführt haben - insgesamt 1,5 Millionen DM abgeflossen sind.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Um Förderungen zu machen - -)

- Und die Tendenz, Herr Kollege Kuhl, ist in den letzten Jahren abnehmend und nicht steigend. Wir haben vor einigen Jahren einmal einen kleinen Buckel gehabt. Das war, als die Zinsen nach einem 5-Jahres-Rhythmus sehr stark in die Höhe gingen. Wenn Sie das heute hier so hinstellen, dann ist das wirklich zynisch, weil Sie genau diejenigen treffen, die der Fürsorge des Staates am meisten bedürfen.

Alle Ihre Programme, die Sie und auch der Herr Kollege Jaeger eben hier noch einmal vorgestellt haben, laufen darauf hinaus, daß Sie nicht mehr für sozial Bedürftige Wohnungen bauen wollen, sondern daß Sie einen staatlich subventionierten, freifinanzierten Wohnungsbau haben wollen. Und genau das wollen wir nicht! Wir wollen nach wie vor einen öffentlich geförderten Wohnungsbau mit langfristigen Bindungen für Menschen, die sich aus eigener Kraft nicht mit ausreichendem und angemessenem Wohnraum versorgen können.

Ihre Zahlenspielerien führen bei diesen Haushalten, die ich meine, zu einer Gesamtbelastung für die Wohnung von weit über 50 % ihres Einkommens. Das können Sie in diesem Staat nicht verkaufen! Das, meine ich, sollen Sie auch nicht tun, selbst wenn Sie ein Liberaler sind, der sehr liberal mit sozialen Grundrechten und Grundsätzen umgeht. Das sollten Sie hier nicht tun; denn dafür sind auch die Erfolge der sozialen Wohnungspolitik in diesem Lande zu groß.

Ich möchte noch ein weiteres Wort sagen. Hier ist die Pflege auswärtiger Beziehungen kritisiert worden.

(C)

Meine Damen und Herren, wir reden ja derzeit viel über die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wenn Sie in der letzten Zeit - in den Jahren, seitdem man sich freier bewegen kann - in die Länder des ehemaligen Ostblocks reisen und wenn Sie Entwicklungsprobleme mit dort politisch Tätigen diskutieren, dann stellen Sie immer wieder fest: Woran es am meisten mangelt, ist technisches Know-how.

Ich bin sehr froh, daß wir auch im Bauministerium die Pflege der auswärtigen Beziehungen gehabt haben. Ich bin sehr froh, daß die Architekten unseres Landes Architekten aus der Sowjetunion und aus der Tschechoslowakei hier ausgebildet haben. Ich wäre auch sehr froh, wenn wir in einem Fortbildungszentrum, wie es der Staatshochbau für sich dringend benötigt, auch auswärtige Personen mit ausbilden könnten. Ich denke, Sie sollten diesen Ansatz nicht gering erachten. Er ist lebenswichtig für uns, und Sie wollen ihn doch eigentlich auch - so sagen Sie wenigstens.

Also: Diese bescheidenen Mittel für die Pflege auswärtiger Beziehungen zum Sparobjekt zu machen, das halte ich wirklich für ein Sparen an der falschen Stelle.

Diese beiden Bemerkungen zum Wohnungsprogramm und zur Fortbildung beziehungsweise zur Pflege auswärtiger Beziehungen wollte ich doch noch gemacht haben.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Schultz. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 14 stelle ich nicht fest.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung, und zwar zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4769 - Kapitel 14 050, Stichwort: Sonderprogramm Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände -. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön.

(Zurufe von der SPD: Drei!)

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen?
- Keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist gegen die Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/4714. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN mit Mehrheit der Stimmen der SPD angenommen.

Ich rufe dann Nummer 5 auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung des Ausschusses Drucksache 11/4715 und auf einen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4770 Anlage 1. Anlage 2 ist von der Fraktion DIE GRÜNEN zurückgezogen worden; das betrifft einen neuen Titel im Kapitel 15 470.

(B) Das ist die Ausgangssituation. Ich möchte dann zunächst für die CDU-Fraktion dem Kollegen Dreyer das Wort erteilen. Bitte schön!

Abgeordneter Dreyer (CDU)*: Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wenn Sie die Erwartung haben, daß die Verkehrsberatungen irgendwelche Einflüsse auf die Verkehrsentwicklung in Nordrhein-Westfalen haben, dann muß ich Sie enttäuschen. Verkehrsentwicklung findet im Land Nordrhein-Westfalen nur auf der Grundlage von Bundesmitteln statt.

(Minister Kniola: Sehr wahr!)

- Ja, Herr Minister, das ist so; das würden Sie ja auch so bestätigen.

(Minister Kniola: Ja!)

(C)

Tatsache ist, daß der Bundesfernstraßenbedarfsplan für Nordrhein-Westfalen nach dem Regierungsentwurf 15,7 Milliarden DM vorsah. Inzwischen haben sich die Bundestagsfraktionen darauf verständigt, eine Aufstockung in einer Höhe von 1,4 Milliarden DM vorzunehmen.

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Das darf doch nicht wahr sein!)

- Doch, das ist wahr, Frau Nacken. Und Sie werden staunen, welche Möglichkeiten sich daraus für Nordrhein-Westfalen ergeben:

- Damit wird es nach meinen Vorstellungen und nach den Vorstellungen der CDU-Landtagsfraktion beispielsweise möglich, daß wir den sechsspürigen Ausbau der Strecke Münster-Süd bis Kamener Kreuz verwirklichen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

- Damit wird es möglich, den sechsspürigen Ausbau der A 44 zwischen Werl und Wünnenberg zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

- Damit wird es im übrigen auch möglich, daß wir die B 480 zwischen - ich hätte jetzt beinahe gesagt Medebach, weil der Kollege Langen mir jetzt so gegenüber sitzt,

(Heiterkeit)

aber genauer muß ich sagen - Nuttlar und Wünnenberg verwirklichen.

- Damit wird es auch möglich, daß wir im Osten von Mönchengladbach die A 44 zwischen Odenkirchen und Mönchengladbach-Ost ausbauen.

(Unruhe)

- Damit wird es auch möglich, daß wir die Ortsumgehung Schwelm mit einem Aufwand von 35 Millionen DM ausbauen.

(D)